

Position
des Arbeitskreises „Biberschutz in Sachsen-Anhalt“
im NABU Sachsen-Anhalt

Elbebiber und Bibermanagement in Sachsen-Anhalt

- 1. Der Arbeitskreis „Biberschutz in Sachsen-Anhalt“ im NABU Sachsen-Anhalt kritisiert den Beschluß des Landtages vom 26. März 2014 zum Bibermanagement. Demnach soll anstelle von Einzelgenehmigungen eine Rechtsverordnung die Ausnahme von den Schutzvorschriften für den streng geschützten Elbebiber (Anhang II und IV der FFH-Richtlinie in Verbindung mit dem Bundesnaturschutzgesetz) regeln. Zur Vermeidung erheblich wirtschaftlicher Schäden sollen Landkreise und kreisfreie Städte in die Lage versetzt werden, unter bestimmten Voraussetzungen ohne artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung handeln zu können.** Der Arbeitskreis befürchtet, daß durch die beabsichtigte Verordnung „unbürokratisch“ zunächst das Einfangen und im Nachgang die Tötung erleichtert werden sollen. Vermutlich wird die Entwicklung ähnlich wie in Bayern verlaufen; dort wurden beispielsweise aufgrund der bereits bestehenden Ausnahmeregelung jährlich hunderte Biber abgeschossen.
- 2. Um Konflikte zu lösen, ist eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Landkreisen, den zuständigen Fachbehörden, den Schutzgebietsverwaltungen und dem Arbeitskreis „Biberschutz in Sachsen-Anhalt“ notwendig, um derartige Formen der „Konfliktlösung“ weitestgehend auszuschließen.**
Die von den Unterhaltungsverbänden „Stremme-Fiener Bruch“, „Obere Ohre“ und „Aller“ öffentlich kommunizierten Kosten für die Beseitigung von Biber Schäden tragen nicht zur Konfliktlösung im Rahmen eines landesweiten Bibermanagement bei. Erfahrungen beim Konfliktmanagement im Naturpark „Dübener Heide“ und aus dem Modellprojekt zum Schutz und Management des Elbebibers im Landkreis Wittenberg sowie im Naturpark „Drömling“ zeigen auf, daß auch ohne Rechtsverordnung umsetzbare Lösungen gefunden werden können.
- 3. Da während eines Hochwassers nicht nur die Biber, sondern häufig auch der gesamte Wildtierbesatz hochwasserbedingt bedroht sind, schlägt der Arbeitskreis vor, gemeinsam mit regionalen Akteuren Handlungsrichtlinien für diesen Fall zu erarbeiten. In den Fokus des gemeinsamen Bestrebens sollte der Bau von Wildtierrettungshügeln gestellt werden.**
Untere Naturschutzbehörden sollten gemeinsam mit den Unteren Jagd- und Wasserbehörden, unter Hinzuziehung der anerkannten Naturschutzverbände und ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten, konkrete Standorte für den Bau von Wildtierrettungshügeln in besonders konfliktgefährdeten Gebieten festlegen. Diese sind bevorzugt als Kompensationsmaßnahmen im Rahmen der anstehenden Verwaltungsverfahren bzgl. Deichneubauten, aber auch bei Deichsanierungen in Abstimmung mit dem LHW zu realisieren. Aus Sicht des Arbeitskreises wird der ökonomische Aufwand reduziert, wenn der Bau von Wildtierrettungshügeln zeitgleich mit Deichbauarbeiten umgesetzt wird.
- 4. Der Arbeitskreis stellt fest, dass nur im Landkreis Jerichower Land im Rahmen der Hochwasserereignisse 2013 Biber zur „Gefahrenabwehr“ getötet wurden. Aus anderen Landkreisen Sachsen-Anhalts, die ebenfalls vom Hochwasser betroffen waren und große Bibervorkommen besitzen, sind derartige „Schutzmaßnahmen“ nicht bekannt geworden.** Aus dem Landkreis Wittenberg mit ca. 750 Bibern sind keine Abschüsse bekannt. Von daher hinterfragt der Arbeitskreis kritisch die Abschüsse von insgesamt sieben Elbebibern während des Hochwasserereignisses 2013 an der Elbe im Jerichower Land mit vergleichsweise geringem Bestand (etwa 170 Biber) und fordert eine derartige Vorgehensweise zukünftig zu vermeiden. **Durch wissenschaftliche Untersuchungen ist zu prüfen, ob die Populationsdynamik einen grenzenlosen Anstieg zeigt oder ob sich in den letzten Jahren die Demographie des Elbebibers gegenüber seiner Ausbreitungsphase nach dem Aussterbeprozess verändert hat.** Zu bewerten sind daher Revieranzahl, Revierbesatzrate, Fortpflanzungsrate und Jungtieranteil. Die Entnahme von Bibern aus der Population fördert den Reproduktionserfolg der verbliebenen Tiere, so daß bei Störung des regulierenden Reviersystems durch Entnahme von Einzeltieren ein stärkerer Anstieg zu erwarten ist.